

Amtliche Bekanntmachung



Amtsgericht Gelsenkirchen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Mittwoch, 10.02.2027, 11:00 Uhr,

2. Etage, Sitzungssaal 202, Bochumer Straße 79, 45886 Gelsenkirchen

folgender Grundbesitz:

Wohnungsgrundbuch von Schalke, Blatt 2797,

BV lfd. Nr. 1

977/10.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

Gemarkung Schalke, Flur 4, Flurstück 73, Mischnutzung, Gewerkenstr. 5, Größe:
438 m²

verbunden mit Sondereigentum an der Wohnung im Dachgeschoss links, mit
Kellerraum, Nr. 9 des Aufteilungsplanes.

Der Wohnungseigentümer bedarf in bestimmten Fällen zur Veräußerung der
Zustimmung des Verwalters.

Dies gilt nicht bei Veräußerung an Verwandte auf- und absteigender Linie sowie
Verwandte zweiten Grades der Seitenlinie, bei Veräußerung durch den
Konkusverwalter oder im Wege der Zwangsvollstreckung.

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein Wohnungseigentumsrecht
(Eigentumswohnung Nr. 9 des Aufteilungsplans mit Kellerraum) im DG links eines
zweiseitig angebauten Wohn- und Geschäftshauses (8 WE, 2 TE),
Ursprungsbaujahr (gem. Bauakte) 1958 / (fiktives) Baujahr 1965, 68 m² Wfl., nach

letztem Kenntnisstand ungenutzt/unvermietet.

Eine Innenbesichtigung wurde dem Sachverständigen nicht ermöglicht.

Die Einsichtnahme des Gutachtens nebst allen Anlagen wird angeraten.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 19.11.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

46.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.